

Große Anfrage der Fraktion der CDU

Mangelnde Förderung und Unterstützung des Senats Bovenschulte für den Photovoltaik-Ausbau – verschläft Rot-Grün-Rot die Solarwende?

Um die Klimaneutralität des Landes Bremen bis 2038 zu erreichen, muss unter anderem die Stromversorgung dekarbonisiert werden. Ein wichtiges Element stellt dabei ein massiver Photovoltaik-Ausbau (PV) dar. Die Enquetekommission „Klimaschutzstrategie für das Land Bremen“ hat ambitionierte Ziele für den Solarausbau im Land Bremen beschlossen: Bis 2030 soll die Solarenergie auf 500 Megawatt (MW) ausgebaut werden, bis 2038 wird das Ziel von 1000 MW verfolgt. Um dieses Ziel zu erreichen, ist der Senat Bovenschulte gefragt, mit einem breiten Instrumentenmix aus förderlichen Rahmenbedingungen und dem guten Vorbild der öffentlichen Hand den Solarausbau zu unterstützen. Stattdessen scheint es gerade so, als ob die Solarwende und der Klimaschutz für den Senat Bovenschulte keine politische Priorität genießen. Das noch Anfang 2022 von der Bremischen Bürgerschaft beschlossene Pilotprogramm für die Förderung von Balkonsolaranlagen ging ein Jahr später immer noch nicht an den Start, zum Zeitplan für den Beginn des Förderprogramms wollte der Senat im April 2023 noch nichts sagen. Dabei leisten die Balkonkraftwerke eine wichtige Rolle für die Akzeptanzförderung für den Klimaschutz und die Energiewende in der Bevölkerung. Auch von weiteren Förderprogrammen im Bereich PV, zum Beispiel für die Dachvollbelegung oder private PV-Batteriespeicher, wie dies von der Enquetekommission empfohlen wurde, fehlt im Koalitionsvertrag von Rot-Grün-Rot jede Spur. Dazu kommt, dass die Vorbildfunktion der öffentlichen Hand im Land Bremen mehr als mangelhaft vorgelebt wird: Zum jetzigen Zeitpunkt wurde im Jahr 2023 gerade eine PV-Anlage im Bereich der Kernverwaltung/Sondervermögen Immobilien und Technik (SVIT) bereits installiert und ans Netz angeschlossen, so der letzte Bericht für die 1. Sitzung des Ausschusses zur Begleitung und parlamentarischen Kontrolle der Umsetzung der Empfehlungen der Enquetekommission „Klimaschutzstrategie für das Land Bremen“. Zwischen 2020 und 2022 wurden durchschnittlich nur zwei PV-Anlagen auf öffentlichen Dächern installiert. Darüber hinaus werden weitere Potenziale für den Solarausbau im Land Bremen nur zögerlich bis kaum erschlossen, wie etwa im Bereich der Freiflächen-Solaranlagen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir den Senat:

1. Wie haben sich die Zahl und die Leistung der PV-Anlagen im Land Bremen in den letzten fünf Jahren entwickelt? (Bitte die jährlichen Zahlen angeben.)
2. Wie haben sich die Zahl und die Gesamtleistung der Balkonkraftwerke im Land Bremen in den letzten fünf Jahren entwickelt? (Bitte die jährlichen Zahlen angeben.)
3. Wie sehen momentan das Verfahren und die einzelnen Schritte aus, wenn ein Verbraucher ein Balkonkraftwerk installieren möchte?
4. Wie beurteilt der Senat den derzeitigen Zugang zu Balkonsolaranlagen und wie und wann will er sich für die Erleichterung des Zugangs zu Balkonsolaranlagen einsetzen, zum Beispiel über den weiteren Abbau bürokratischer Hürden?
5. Wie ist der aktuelle Stand der Einrichtung und der Inanspruchnahme eines Pilotprogramms zur Bezuschussung der Anschaffung von Balkonsolaranlagen für Mieter, insbesondere für Sozialleistungs- und Wohngeldempfänger, sowie für Transferleistungsbezieher, wie dies von der Bürgerschaft (Landtag) am 23. März 2022 beschlossen wurde?
 - a) Wie viele Anträge wurde bereits auf die Inanspruchnahme des Förderprogramms gestellt? Wie viele Anträge davon wurden bereits positiv oder negativ beschieden, wie viele sind noch in Bearbeitung?
 - b) Wie viele Fördermittel sind im Rahmen dieses Pilotprogramms bereits abgeflossen?
 - c) Wenn das Pilotprogramm für Balkonsolaranlagen immer noch nicht gestartet wurde, welche Gründe hindern den Start des Förderprogramms und welcher Zeitplan wird vom Senat für den Beginn des Förderprogramms verfolgt?
6. Wann soll die im Koalitionsvertrag versprochene Förderung für Balkonsolaranlagen für Transferleistungsbezieher eingeführt werden? Inwiefern handelt es sich um ein Förderprogramm zusätzlich zum in der vorigen Legislaturperiode beschlossenen Pilotprogramm für Balkonsolaranlagen? Welche finanzielle Ausstattung (in Euro) des im Koalitionsvertrag versprochenen Förderprogramms für Balkonsolaranlagen strebt der Senat an?
7. Will der Senat in der 21. Legislaturperiode auch weitere PV-Förderprogramme im Land Bremen einrichten, wie zum Beispiel die von der Enquetekommission empfohlenen Förderprogramme für die Dach-Vollbelegung oder private PV-Batteriespeicher in Verbindung mit

dem Neubau oder der Erweiterung einer bestehenden PV-Anlage?
Wenn ja, welche und wann? Wenn nein, aus welchen Gründen?

8. Welche Hindernisse gibt es derzeit, um als Mieter bei der GEWOBA oder der BREBAU ein Balkonkraftwerk installieren zu können? Welche Möglichkeiten sieht der Senat, diese Hindernisse zu beseitigen und wie setzt er sich dafür ein?
9. Wie viele PV-Anlagen bei der Kernverwaltung/SVIT wurden im Jahr 2023 bereits installiert und ans Netz angeschlossen?
10. Wie viele PV-Anlagen und mit welcher Leistung will der Senat auf öffentlichen Gebäuden bis zum Jahresende 2023 sowie in den Jahren 2024, 2025 und 2026 installieren? (Bitte die Zielzahlen getrennt für die Jahre 2023, 2024, 2025 und 2026 sowie aufgeschlüsselt für die Gebäude der Kernverwaltung (SVIT), Seestadt Immobilien Bremerhaven, Kliniken der Gesundheit Nord, Klinikum Bremerhaven Reinkenheide, Hochschulen, Beteiligungen im Bereich Wirtschaft und Häfen sowie sonstige Beteiligungen darstellen.)
11. Welche Flächen werden bereits heute für die Freiflächen-Solaranlagen und Agri-PV-Anlagen im Land Bremen genutzt?
12. Wie hoch und wo sieht der Senat die Potenziale für die Freiflächen-Solaranlagen, darunter auch Agri-PV-Anlagen im Land Bremen?
13. Welche Flächen und wann will der Senat als Vorrangflächen für Freiflächen-Solaranlagen ausweisen?
14. Welche Möglichkeiten sieht der Senat, gemeinsam mit den Landwirten im Land Bremen Flächen für regenerative Energien zu gewinnen?
15. Welche Planungen für den Ausbau und Umbau des Stromnetzes für den Ausbau der Solarenergie, aber auch der Wärmepumpen und der Elektromobilität werden nach Kenntnis des Senats derzeit im Land Bremen verfolgt?
16. Welche politischen Ziele verfolgt der Senat in Bezug auf den Ausbau der Solarenergie, der Elektromobilität und der Wärmepumpen im Land Bremen?
17. Sind die Planungen für den Ausbau und Umbau des Stromnetzes nach Einschätzung des Senats auf die politischen beziehungsweise im Abschlussbericht der Enquetekommission „Klimaschutzstrategie für das Land Bremen“ empfohlenen Ausbauziele ausgerichtet beziehungsweise mit diesen kompatibel? Wenn nein, aus welchen Gründen und wie setzt sich der Senat für den entsprechenden Umbau und Ausbau der Stromnetze ein?

18. Welche Kenntnisse liegen dem Senat zu den dubiosen beziehungsweise unseriösen Solarangeboten im Land Bremen vor und wie bewertet er die derzeitige Situation auf dem Solarmarkt im Land Bremen und in Deutschland in dieser Hinsicht?
- a) Welche Beratungsangebote und sonstige Möglichkeiten bestehen derzeit im Land Bremen, sich als Verbraucher vor unseriösen Solaranbietern ex ante oder ex post zu schützen?
 - b) Inwiefern hält der Senat es für notwendig, auf Bundesebene Grundlagen zu schaffen beziehungsweise Anforderungen an die Solarteure zu reformieren beziehungsweise zu verschärfen, um vermehrt unlautere Geschäftspraktiken möglichst zu unterbinden und die Nachhaltigkeit und die Qualität der Angebote im Solarbereich zu steigern? Will sich der Senat auf Bundesebene dafür einsetzen?
19. Welche Unterstützungs-, Förder- und Beratungsangebote sowie Anreize gibt es derzeit im Land Bremen sowie auf Bundesebene für Unternehmen, die eine PV-Anlage installieren wollen? Hält der Senat weitere Unterstützungsangebote auf Landes- oder Bundesebene für notwendig, um den Solarausbau bei Unternehmen zu flankieren?
20. Welche Unterstützungs-, Förder- und Beratungsangebote sowie Anreize gibt es derzeit im Land Bremen sowie auf Bundesebene für die Wohnungseigentümergeinschaften (WEG) im Bestand, wenn diese PV-Anlagen installieren wollen? Hält der Senat weitere Unterstützungsangebote auf Landes- oder Bundesebene für notwendig, um den Solarausbau bei WEG zu flankieren?

Martin Michalik, Frank Imhoff und Fraktion der CDU